

# Ein Beitrag zum Frieden!

## Mörfelden-Walldorf

Kreis Groß-Gerau

## Atomwaffenfreie Zone

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß mit den Stimmen der SPD, der Grünen Bürgerliste und der DKP einen gemeinsamen Antrag, der den Magistrat auffordert, im Rahmen seiner Möglichkeiten zu verhindern, daß Nuklearwaffen, Raketen, biologische und chemische Kampfstoffe und Neutronenbomben innerhalb der Gemarkung und in der Nachbarschaft (z.B. im Oberwald) stationiert, gelagert und transportiert werden. Symbolisch soll Mörfelden-Walldorf eine atomwaffenfreie Zone sein.

Weiter heißt es: „Mit diesem Akt bekräftigen wir gleichzeitig unseren Willen, uns jederzeit durch Resolutionen und auch Demonstrationen gegen solche Pläne zu wehren.“

### Eine notwendige Initiative

Mit den amerikanischen Präsidentschaftswahlen vor gut zwei Jahren verschärfte sich die internationale Lage. Unter dem Haig-Gedanken-Gebäude „Es gibt Wichtigeres, als im Frieden zu leben“, begann eine neue Ära der US-Politik, die darauf abzielt, die Zeit der Entspannung und des Wirtschaftsaustausches zu beenden und zur Konfrontation überzugehen. Das SALT-II-Abkommen, das die strategische Rüstung begrenzen sollte, wurde seitens der USA nicht ratifiziert, der Bau der Neutronenbombe wurde beschlossen, ebenso sollen unter dem Begriff Nach-

rüstung neue Mittelstreckenraketen (Pershing II und Cruise missiles) in Europa stationiert werden. Neue chemische und bakteriologische Waffen werden entwickelt, produziert und in Europa stationiert. Ziel der Amerikaner ist es, durch militärische Überlegenheit den Gegner zu zwingen, politische Zugeständnisse zu machen und durch die Verkleinerung der Atomwaffen durch Stationierung von Mittelstreckenraketen einen Atomkrieg in Europa führbar zu machen.

### Eine Initiative der Jugend

Der Beschluß des Stadtparlaments Mörfelden-Walldorf kam durch die Initiative der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) zustande, die die „atomwaffenfreie Zone“ für unsere Stadt forderte. Über einen längeren Zeitraum versuchten sie mit Hilfe von Veranstaltungen, Aktionen und einer Unterschriftensammlung für dieses Ziel zu werben. Die DKP-Fraktion griff das Thema auf und stellte einen Antrag, unsere Stadt zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. Die SPD- und GB-Fraktionen stellten Änderungsanträge, mit der CDU war nicht zu reden.

In der Zwischenzeit hatte die DKP viele Beispiele von anderen Städten in Europa angeführt, die schon Gleiches beschlossen hatten. Über 200 Städte in England, Holland, Belgien haben

ihren Willen gegen die Stationierung von atomaren Waffen bekundet, darunter die Städte Amsterdam, Birmingham, Oxford, Cambridge, Manchester...

### Eine heiße Debatte

In der Stadtverordnetenversammlung sprach der DKP-Fraktionsvorsitzende Rudi Hechler, daß es gut und richtig sei, daß trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen in vielen Fragen ein Kompromiß gefunden wurde, der dem Ernst des Anliegens entspricht. Die Bedenken der CDU über die Zuständigkeit dieses Parlamentes teilen wir nicht. „Wir sehen in dieser Resolution eine Absichtserklärung von hohem politischem Stellenwert. Angesichts des atomaren Wettrüstens in West und Ost, angesichts des drohenden Stationierungstermins neuer Mittelstreckenraketen in unserem Land, angesichts der nicht mehr zu übersehenden anwachsenden Kriegsgefahr, halten wir uns auch als Kommunalpolitiker für befugt und berechtigt, solche Zeichen zu setzen.

Im übrigen, so meinte Rudi Hechler, ist es stets eine Auslegungsfrage, was zu den Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“ gehört. Im „Gemeinderecht“ finden wir folgende Formulierung: „Eine politische Frage kann zur Angelegenheit der Gemeinde werden, wenn eine staatliche Maßnahme das Gemeinlebens entscheidend be- ▷





# Eltern wehren sich!

▽ rührt oder wenn staatliche Einrichtungen auf der Gemeindegemarkung errichtet werden. "

## „Große“ und „kleine“ Politik ist nicht zu trennen

Fast alle unsere kommunalpolitischen Probleme hängen mit diesem Thema zusammen. Die fehlenden sozialen Einrichtungen, die Gebührenerhöhungen, die wachsende Finanznot der Kommunen. Wenn es nicht gelingt, weltweit zu Abrüstungsschritten zu kommen, werden wir es immer schwerer haben, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen.

Im übrigen scheint uns die Resolution ein Beitrag zur weltweiten Friedensbewegung. Eine ganze Reihe Bürger unserer Stadt waren am 10. Juni 1982 bei der Demonstration der 400.000 in Bonn.

Wir meinen, jeder sollte an seinem Platz einen Beitrag zur Friedenssicherung leisten.

## Antikommunistische Ausfälle der CDU

Der Fraktionsvorsitzende der CDU formulierte in der Parlamentsdebatte, die „DKP hat Speck ausgelegt“ und dies sei ein „politisches Showgeschäft“, und wenn die SPD und GB mitmachten, seien sie „nützliche Idioten Lenins“, der DKP. Diesen teilweise beleidigenden Anwürfen wurde entgegnet, daß hinter solchen Worten schlimme Überheblichkeit steckt. Der DKP-Sprecher fragte: Über 200 Städte und Kommunen haben sich in Europa zu „atomwaffenfreien Zonen“ erklärt, sind das alles „nützliche Idioten“? Am 10.6.82 demonstrierten über 400.000 für solche Forderungen, sind das alles „nützliche Idioten“? Wenn wir in derselben Art hier vorgehen wollen, dann müßten wir sagen: Herr Jung, sie sind dann wohl ein „nützlicher Idiot“ Ronald Reagans.

Die Kinder kamen eine Woche vor der Sommerpause aus der Gesamtschule Mörfelden-Walldorf nach Hause und brachten ein Schreiben, das vom Personalrat der Lehrer und der Elternvertretung unterzeichnet war. Inhalt war eine Aufstellung der Lehrkräfte, die im neuen Schuljahr nach den Sommerferien ausfallen. Ganze 12,5 Planstellen bleiben unbesetzt.

Man müßte meinen, daß genügend Lehrer vorhanden seien, um diese Lücke zu schließen, doch Fehlanzeige. Die Stellen bleiben unbesetzt! Inzwischen fand eine Versammlung der Eltern statt, um das Problem zu beraten. Die Resolution, die dort verabschiedet wurde, hat eine deutliche Sprache: Diesen Zustand will man nicht tatenlos hinnehmen. Daß Stunden ausfallen und Klassen zusammengelegt werden, ist keine Lösung.

Früher entschuldigte man den Lehrermangel damit, daß die Ausweitung des Schulangebots (Einführung der Gesamtschule, stärkere Spezialisierung des Lehrkörpers), Verlängerung der Schulzeit, geburtenstarke Jahrgänge das Land als Kultusverantwortlicher überfordere. Überall herrschte Arbeitskräftemangel. Der öffentliche Dienst wurde relativ schlechter bezahlt als die in der Privatwirtschaft tätigen.

Seit ein paar Jahren erleben wir nun eine andere Variante. Die Jahrgangszahlen gehen zurück, gleichzeitig sind die Lehrer zu Tausenden arbeitslos. Der Grund: Im Zuge der rabiaten „Rotstift“-Politik werden auch die Gelder für die Bildung gekürzt, so daß arbeitslose Lehrer nicht eingestellt werden. Und das gerade jetzt, wo aufgrund sinkender Schülerzahlen endlich kleine Klassen möglich wä-

ren. Die Folge: Nach wie vor fallen Stunden aus, nach wie vor sind häufig zu viele Schüler in einer Klasse, nach wie vor sind die Lehrer überfordert.

Dementsprechend werden viele Schüler weiterhin benachteiligt. Man hört von Lehrlingsabteilungen, die zusätzlich Stunden in Grundrechnen und Deutsch abhalten müssen, weil das Niveau zu niedrig ist. Und das sind die Menschen, die die geistige und berufliche Mobilität mitbringen müssen, um im 21. Jahrhundert existieren zu können.

Die Eltern haben eine positive Antwort der Schulbehörde gefordert und mit Maßnahmen gedroht, die Protestdemonstrationen und Schulstreik einschließen. „Wir erwarten“, so heißt es in dem Protestschreiben, „eine Lehrerausweisung, die einen pädagogisch sinnvollen und kontinuierlichen Unterricht gewährleistet, d.h. wir erwarten und fordern die Rücknahme der Zwangsversetzungen und Ersatz für die Lehrkräfte, die ihrer Versetzung zugestimmt

haben bzw. pensioniert werden. Wir gehen davon aus, daß der Rückgang der Schülerzahlen so genutzt wird, daß endlich vernünftige Klassen- und Kursgrößen geschaffen werden. Sollen sie unserer Erwartung nicht entsprechen, werden wir öffentlich wirksame Aktionen durchführen — bis hin zum Schulstreik.“

Anfang August wollen Eltern, Lehrer und Schüler über die Reaktion der Schulbehörde beraten. Der Zorn gegen die Rotstiftpolitik auf dem Rücken der Jugend ist verständlich. So einfach kann sich der Staat aus der Verantwortung, Bildung für unsere Kinder zu gewährleisten, nicht stellen. R.D.

Die Theologie-Professorin Dorothee Sölle sagte auf der Abschlußkundgebung in Bonn: „Der Antikommunismus ist eine blind und dumm machende Ersatzreligion. Er ist am meisten in USA und Westdeutschland verbreitet, ein Zeichen der Schwäche der westlichen Welt, die mit ihren eigenen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Energiekrise und Umweltzerstörung nicht fertig wird.“

Eugen Kogon erklärte vor kurzem in Frankfurt: „Der Antikommunismus

hat objektiv die Aufgabe, uns in einen Krieg hineinzutreiben.“

Der katholische Autor Walter Dirks ergänzte ihn und meinte: „Wenn diese Art von Antikommunismus nicht geändert wird, wie die Reagan-Administration sie repräsentiert, dann endet dies mit der allgemeinen Vernichtung.“ Diese Worte sollte sich die CDU in unserer Stadt vor allem aber Hugo Jung, der sich als „antikommunistische Speerspitze“ in diesem Parlament sieht, einmal in Ruhe überlegen!



## Die dummen Sprüche des Wolfgang Mischnick

*Mörfelden – atomwaffenfreie Zone – darauf hat sich der FDP-Fraktionschef im Bundestag, Wolfgang Mischnick einen besonders dummen Kommentar erlaubt. Von der DKP-Fraktion sollen sich andere Stadtverordnete, so Herr Mischnick, Aufklärung darüber holen, warum die Sowjetunion in Bezug auf Abrüstungsvorschläge so „zurückhaltend“ sei. Mehrere Seiten wären nötig, um alle Vorschläge der Sowjetunion aufzuzählen, zu denen die Gegenseite „No“ gesagt hat. Aber belassen wir es bei dem jüngsten Fall sowjetischer „Zurückhaltung“ – der Erklärung der Sowjetunion, niemals den ersten Schlag mit Atomwaffen zu führen. Wären alle Atommächte so „zurückhaltend“, gäbe es keinen Atomkrieg und nicht mehr die Furcht davor. Denn wenn keiner den ersten Schlag führt, entfällt der zweite und jeder andere von selbst. Aus den USA jedoch kam das übliche „No“. Und der Bau von Rampen für Pershing II und Cruise missiles in unserem Land (von Mischnick befürwortet) geht weiter...*

### **VORMERKEN!**

## Großes Solidaritätskonzert der DKP

mit der

**Thommie-Bayer-Band  
und  
„Floh de Cologne“**

**Donnerstag, 2. September 1982  
Bürgerhaus Mörfelden**

**Der Reinerlös der Veranstaltung  
geht an den  
Rechtshilfefonds der  
Bürgerinitiative gegen die  
Startbahn-West.**

**Rudi Hechler  
DKP-Stadtverordneter**

**Landtagskandidat  
der DKP**

**Mörfelden – Hochstr. 22  
Telefon 2 23 62**



Liebe Mütter, liebe Väter!

Wenn Sie an die Zukunft denken: Kann es da Wichtigeres geben als unsere Kinder, Wichtigeres als ihre gesicherte, glückliche Zukunft in einer friedlichen Welt? Kann es Wichtigeres geben als eine Zukunft für unsere Kinder, die ihnen eine gesunde Entwicklung sichert und eine möglichst umfassende Bildung und Ausbildung? Ganz sicher nicht! Und deshalb sind wir uns wohl einig, daß für das Leben aller Kinder und Jugendlichen eine gute Schule von höchster Bedeutung ist. Eine Schule, die Freude am Lernen ermöglicht, die eine Ausbildung und Entwicklung aller Fähigkeiten auf hohem Niveau garantiert.

Doch im Zuge der von oben verordneten „Sparpolitik“ haben sich gerade auf dem Gebiet von Schule und Bildung viele Probleme besonders zuge-spitzt.

Nach wie vor fällt gesetzlich vorgeschriebener Unterricht aus! Nach wie vor sind viele Klassen überfüllt! Nach wie vor sind Tausende von Lehrern arbeitslos – und es werden jährlich mehr!

Die hessische Landesregierung „begründet“ diese unhaltbare Lage damit, daß die Schülerzahlen sinken. Das stimmt tatsächlich und auf den ersten Blick erscheint es logisch, weniger Lehrer einzustellen, wenn es weniger Schüler gibt.

Doch es gibt ganz wesentliche Gesichtspunkte, die die Landesregierung außer acht läßt:

Vielfältige notwendige Fördermaßnahmen – in unserer Muttersprache Deutsch, in Mathematik und Naturwissenschaften – erfordern geradezu mehr und nicht weniger Lehrer. Gesamtschulen, eigentlich erforderlich für alle Schüler, benötigen mehr, nicht weniger Lehrer. Die Beseitigung des gegenwärtigen Unterrichtsausfalls kann nur gelingen, wenn mehr Lehrer eingestellt werden, nicht weniger.

Was die Landesregierung will – und was die Dregger-CDU noch rigoroser anstrebt – ist klar: sie unterstützt den Hochrüstungskurs der Bundesregierung, sie will die großen Konzerne weiterhin ungeschoren schalten und walten lassen – und sie betreibt deshalb aktiv eine Politik des sozialen Abbaus!

Und das auch auf den Rücken der Kinder und Jugendlichen in Hessen. Wer Panzer bauen läßt, kann eben keine Lehrer einstellen! Deshalb – und nicht wegen sinkender Schülerzahlen – gibt es zur Zeit rund 3.000 bis 4.000 arbeitslose Lehrer in Hessen. Deshalb werden es zu Beginn der neunziger Jahre etwa 16.000 sein.

Im Interesse unserer Kinder sind deshalb nach wie vor die Forderungen aktuell, die die Gewerkschaften und die DKP vertreten: Einstellung aller ausgebildeten Lehrer! Kleine Klassen! Keine Klasse mehr als 25 Schüler! Zügiger und großzügiger Ausbau des Schulsystems – Gesamtschule für alle! „Arbeitsplätze statt Raketen“ – das ist die Linie, die auch Erfolge auf dem Gebiet der Schul- und Bildungspolitik ermöglicht.



# Gegen Raketen und Arbeitsplatzvernichtung

# Darum diesmal DKP wählen!

Interview mit Ellen Weber, Spitzenkandidatin der DKP zur Landtagswahl

**Frage:** Am 26. September '82 wird ein neuer Landtag gewählt. Viele fragen sich: Wen soll man diesmal wählen?

**Ellen Weber:** Um es gleich ganz kurz zu sagen: Wählen soll man die Arbeiterpartei, die DKP. Sie ist die einzige Partei, die dem Großkapital und den Regierenden in Bonn und Wiesbaden wirklich schwer im Magen liegt und deren Fortkommen mit allen Mitteln verhindert werden soll.

**Frage:** Die einzige Partei? Wie begründest Du das?

**Ellen Weber:** Alle Probleme, die uns heute bedrücken: die wachsende Arbeitslosigkeit, die Angst vor einem Atomkrieg, die ständig steigenden Rüstungslasten, der Sozialabbau, der Bildungsnotstand — ich will diese Stichworte nur nennen — all diese Probleme haben eine sehr greifbare Ursache: Wir rüsten zu viel und die Großunternehmer sind ausschließlich hinter ihrem Profit her. In diesem Land werden die Reichen immer reicher und die arbeitende Bevölkerung bekommt alle Lasten auferlegt.

Diese Politik muß grundlegend geändert werden. Der Profit der Reichen und die Rüstungsmilliarden müssen in Schulen und Wohnungen, in Krankenhäuser und Ausbildungsstätten, in Altersheime und Freizeiteinrichtungen verwandelt werden. Arbeitsplätze für alle, das heißt die Millionäre zur Kasse bitten und das Hochrüstungsprogramm stoppen. Die einzige Partei, die das so ausspricht und umfassend den Kampf gegen diese Politik führt, ist die DKP. Das



*Ellen Weber (52), verheiratet, eine Tochter, Beruf: Fürsorgerin, Studium der Gesellschaftswissenschaften, Dr. rer. pol., langjährige Metallarbeiterin, Betriebsrätin und gewerkschaftliche Vertrauensfrau. Ellen Weber ist Bezirksvorsitzende der DKP in Hessen und Spitzenkandidatin für die Landtagswahlen am 26. September '82.*

wissen übrigens die Herrschenden genau. Stärkten die Arbeiter und Angestellten auch bei Wahlen die Kommunisten, könnten die bevölkerungsfeindlichen Programme nicht verwirklicht werden. Unersättlich und kühn in der Verfolgung ihrer Profitpolitik sind die Unternehmer immer dann, wenn ihnen kein entscheidender Widerstand entgegengesetzt wird. Die DKP stärken und wählen, ist eine wirksame Form des Widerstandes. Die wirksamste sogar. Eine auch bei Wahlen gestärkte DKP würde im Unternehmer- und Regierungslager Alarmglocken in Bewegung setzen. Alarmstufe eins für das System der Ausbeutung ist immer dann gegeben, wenn die Kommunisten einen größeren Einfluß gewinnen. Deshalb ist ja auch der Antikommunismus die Hauptwaffe der Kapitalvertreter.

**Frage:** Mal ehrlich — wieviel Leute sehen das so?

**Ellen Weber:** Ganz ehrlich — viel zu wenige bis jetzt. Aber eine Einschätzung ist ja nicht deshalb falsch, weil sie noch nicht von vielen geteilt wird. Oder umgekehrt. Wenn viele Leute eine einheitliche Meinung haben, ist das noch kein Beweis für die Richtigkeit einer Theorie. Die DKP stärken ist das Wirksamste, was Arbeiter und Angestellte angesichts der Krise des kapitalistischen Systems, angesichts der tödlichen Hochrüstungspolitik heutzutage machen können. Indem sie sich für die DKP entscheiden und ihr auch bei Wahlen die Stimme geben, schwächen sie ihren gefährlichsten Gegner: das Großkapital, das dem Profit folgt, Arbeitsplätze willkürlich vernichtet und sein System der Ausbeutung und Profitmacherei mit Zähnen und Klauen verteidigt.

**Frage:** Es gibt aber auch die Partei der Grünen. Setzen nicht viele jetzt gerade auf diese Partei ihre Hoffnungen?

**Ellen Weber:** Ohne den Anteil der Grünen in bestimmten außerparlamentarischen Bewegungen zu schmälern, halte ich sie nicht für eine wählbare Alternative, wenn es um Arbeiterinteressen geht. Die Grünen sind nicht die richtige Kraft, wenn es den Kampf zur Eindämmung der Macht des großen Kapitals zu führen gilt. Dort wo Grüne im Parlament sind, in Kassel und Marburg, in Stuttgart und Bremen zum Beispiel, zeigt sich, daß sie mit ihren, eng auf ökologische Fragen orientierten, Auffassungen sogar ausgesprochen arbeiterfeindliche Positionen einnehmen. Sie stimmen Gebührenerhöhungen zu, sie sind nicht beteiligt, wenn es



um die Verteidigung von Arbeitsplätzen geht. Kurz gefaßt: sie gehen nicht vom Standpunkt der Arbeiterklasse an die Konflikte unserer Zeit heran. Für die Herrschenden sind sie deshalb auch nicht prinzipiell gefährlich. Auch dann nicht, wenn sie in Parlamente einziehen.

In Hessen haben die Grünen den möglichen gemeinsamen Kampf gegen Rechts, gegen die CDU wesentlich erschwert. Sie haben ein Wahlbündnis aller linken und demokratischen Kräfte aus parteiegoistischen Gründen verhindert. So wie sie vor dem 10.6. versuchten, die Friedensbewegung zu spalten, so torpedierten sie die Einheit der Linkskräfte in Hessen. Mit dieser Haltung haben die Grünen der gesamten Linken schweren Schaden zugefügt. Auch das ist ein Grund, warum man in Hessen die Grünen nicht wählen kann.

**Frage:** *Es gibt gegenwärtig viele von der SPD enttäuschte Wähler. Auch diese Wähler beschäftigt die Frage, wen sie am 26.9. wählen sollen. Noch einmal die SPD?*

**Ellen Weber:** Zunächst einmal: Wir sehen mit Besorgnis den Verlust des Ansehens der SPD in Hessen. Die Ursache liegt in der Politik von Holger Börner, der ähnlich wie Helmut Schmidt in Bonn die Verantwortung für die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung trägt. Diese Entwicklung erfüllt uns nicht mit Schadenfreude. Wir sehen die Gefahr, daß die CDU und ihr erzkonservativer Vorsitzender Alfred Dregger die Nutznießer dieses Prozesses sind. Es kann heute nicht darum gehen, den zu Recht enttäuschten SPD-Wählern ihren Protest gegen die falsche und gefährliche Landespolitik auszureden.

Es stimmt, die SPD in der Regierungsverantwortung verfolgt einen kapital- und rüstungsbestimmten Kurs. Mit einer solchen Politik kann man Dregger nicht schlagen. Gegen die Rechte kann man nur erfolgreich sein, wenn man eine an Arbeiterinteressen orientierte Politik macht.

Gäbe es links von der SPD eine auch bei Wahlen gestärkte DKP, wäre es leichter, die SPD zu veranlassen, sich selbst wieder mehr den Arbeiterinteressen zuzuwenden. Heute gilt es, enttäuschte SPD-Wähler aufzufordern, ihren Protest links zu verankern. Das heißt konkret: Diesmal DKP wählen.

Wie man die Dinge auch dreht und wendet: Wer am 26.9. gegen Rüstungskurs und Arbeitsplatzvernichtung protestieren will, wer gegen Dregger, Gries und Börner mit seiner Stimme politisch wirksam auftreten will, wer die Linke, die Arbeiterbewegung stärken will, der muß am 26.9. die Arbeiterpartei, die DKP, wählen.

## Arbeitsplätze statt Raketen!

### Eine Unterschriften-Aktion der DKP-Hessen

Liebe Mitbürger!

Annähernd 150 000 hessische Arbeiter und Angestellte sind arbeitslos. Niemand weiß, ob nicht auch ihn das bittere Los der Arbeitslosigkeit treffen wird.

Arbeitsplätze können geschaffen werden. Sie können geschaffen werden auf Kosten der Gewinne der Konzerne, die die Arbeitsplätze vernichtet haben.

Sie können geschaffen werden, wenn die riesigen Rüstungsausgaben für Dinge verwandt werden, die wir wirklich brauchen: Für Schulen, Wohnungen, Kindergärten, Krankenhäuser, Bürgerhäuser, Sport- und Freizeiteinrichtungen, für Energieeinsparung und Umweltschutz, ausreichend Lehrer und vieles andere, was wir nötig haben.

Allerdings, mehr Arbeitsplätze kommen nicht von allein. Sie sind nur zu erhalten, wenn die hessische Bevölkerung selbst ihre Forderungen mit Nachdruck vorbringt.

Deshalb bitten wir Sie, die Initiative der DKP „Arbeitsplätze statt Raketen“ zu unterstützen und die folgenden Forderungen an die Hessische Landesregierung zu unterschreiben.

Mit freundlichen Grüßen  
Deutsche Kommunistische Partei Hessen

*Ellen Weber*  
Vorsitzende der DKP-Hessen

Bitte abtrennen und einsenden an DKP, Bezirksvorstand Hessen, Cronstettenstraße 18, 6000 Frankfurt am Main

An die Hessische Landesregierung!

Ich unterstütze die folgenden Forderungen:

1. Verbot von Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen in Hessen.
2. Ein Beschäftigungsprogramm für Hessen zur Schaffung von 200 000 Arbeitsplätzen bis 1985.
3. Finanzierung dieses Beschäftigungsprogramms aus den Gewinnen der Großindustrie und der Großbanken in Hessen sowie aus den Ausgaben für Rüstung und Raketen.

Name	Anschrift	Unterschrift



# Heiße Debatte um Fremdenlegionäre

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten stand je ein Antrag der DKP und der Grünen Bürgerliste, die Veranstaltung der Fremdenlegionäre betreffend, auf der Tagesordnung.

Die DKP-Fraktion wollte, daß dieser Legionärs-Kameradschaft in Zukunft keine städtischen Räume mehr zur Verfügung gestellt werden.

Die Grüne Bürgerliste wollte, daß der Magistrat bei der Bundeswehr vorstellig wird, wegen der offiziellen Teilnahme von Bundeswehr-Offizieren an der Legionärsveranstaltung in Walldorf. Beide Anträge wurden mit Stimmen der SPD und der CDU von der Tagesordnung gestrichen. Nun gut – daß die CDU nicht mitzog, war nicht anders zu erwarten. Wie ist aber das Verhalten der Sozialdemokraten zu deuten? Wenn sich das Stadtparlament nicht mit dieser Angelegenheit befassen darf, ist das Thema noch lange nicht vom Tisch. Erst jetzt, nach den Vorfällen in der Walldorfer Stadthalle und den Berichten darüber in der Presse, ist man in der Bevölkerung auf die bereits seit vielen Jahren in unserer Stadt tagenden „Kameradschaft“ aufmerksam geworden. Wäre bei der letzten „Fahnen- und Trompetenfeier“ der Legionäre nicht der Bürgermeister zugegen gewesen, hätte die SPD sich wahrscheinlich auch anders verhalten.

So hat diese Fraktion sich schützend vor ihren Bürgermeister gestellt und sich in einer Stellungnahme politisch total verrannt. Man zitierte die Satzung des Legionär-Verbandes mit ihrer sogenannten sozialen Komponente und verweist auf freundschaftliche Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik, die der Verband fördern und ausbauen will. Unter anderem vergleicht die SPD eine solche Vereinigung mit dem VDK, ohne sich die Frage zu stellen, warum diese ehemaligen Legionäre nicht im VDK Unterstützung bei ihren Problemen suchen. Niemand in dieser Stadt hat etwas gegen ehemalige Anhörige der französischen Fremdenlegion, wenn sie persönlich keine Verbrechen begangen haben und wenn sie bekennen, welche verbrecherische Rolle die Legion in der Vergangenheit bei der Bekämpfung der nationalen Befreiungsbewegungen, zum Beispiel in Indochina und Algerien, spielte, und wenn sie bekennen, daß es ein Fehler war, sich dieser Organisation freiwillig oder unter widrigen Umständen anzu-

schließen. Man muß aber etwas dagegen haben, wenn ehemalige Legionäre Traditionstreffen mit Fahnenhissung und allem, was dazu gehört, abhalten und dabei alles andere als Reue zeigen bzw. kritische Worte an ihren Taten verlauten lassen.

Es war also ein Fehler, daß Bürgermeister Brehl so wenig politisches Fingerspitzengefühl besaß und an diesem Treffen teilnahm. Es ist ebenso falsch, daß die SPD-Fraktion sich schützend vor

ihn stellt und solche Traditionsverbände quasi in Schutz nimmt bzw. deren Tätigkeit bagatellisiert. Nahezu ein Skandal ist es, wenn die SPD-Fraktion unserer Stadt den Traditionsverband der ehemaligen Fremdenlegionäre mit dem VDK gleichsetzt, wogegen sich der Ortsvorsitzende dieser Organisation bereits verwahrt hat. Es geht nicht an, daß dieser überörtliche Legionärsverband in Zukunft noch von unserer Stadt Räume erhält.

Zum Schluß muß noch lobend vermerkt werden, daß junge Menschen durch ihren Protest gegen diese Veranstaltung in der Walldorfer Stadthalle aufmerksam gemacht haben, was sicherlich bei einigen Mitbürgern zum Nachdenken Anlaß gab.



„Goldener Apfel“ und Bonin-Haus

## Renovierung beschlossen

Ein Stück weiter geht es in Sachen Restaurierung der beiden historischen Gebäude nach dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung. Diese beiden Anwesen sind seit ein paar Jahren in städtischem Besitz. Die DKP hat in der Vergangenheit oft den Finger gehoben, wenn es um alte und historische Bausubstanz ging. Die von uns veröffentlichten Bücher, Kalender, die Zeichnungen von Alt-Mörfelden, die wir herausbrachten, haben dazu beigetragen, daß man in unserer Stadt intensiver über „Erhaltenswertes“ nachdenkt. Wir sind seit Jahren Verfechter für eine bessere und wirkungsvolle Zuschussregelung für Altbausanierung und Fassadenrestaurierung in Mörfelden-Walldorf.

In der Vergangenheit ist viel versäumt worden, zu schnell war die Spitzhacke zur Hand. Zum Glück beginnt sich heute das Denken zu wandeln. Doch in fast allen Bereichen unseres Landes ist das fehlende Geld Hemmschuh für notwendige Investitionen.

Zum Thema „Goldener Apfel“ gab

DKP-Stadtverordneter Dötsch einige Anregungen. So sollte man in die Planungen des Anwesens auch das Nachbarhaus mit einbeziehen, das früher einmal zur Hofreite zählte. Eine Fußgängerpassage zur Seegasse und/oder zur Langener Straße ist wünschenswert und sollte langfristig angesteuert werden. Das Torbogenbauwerk, kaum 50 Jahre alt, sollte beseitigt werden. Dem Eindruck einer geschlossenen oder gar verschlossenen Hofreite sollte man tunlichst vermeiden. Bedenklich erscheint uns ein Kinderspielplatz im Gartenbereich. Die Vergrößerung des Gewölbekellers im Scheunentrakt erscheint uns zu kostspielig (die Relation Kosten zu Nutzen ist nicht gegeben).

Jetzt ist ein Bau- und Planungsbüro zu beauftragen, Detailvorstellungen zu erarbeiten, die dann zur weiteren Beratung in die Ausschüsse kommen. Wir sind dafür, daß in dieser Angelegenheit endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden; denn Jahr für Jahr steigen die Baupreise und Jahr für Jahr wird die Bausubstanz schlechter.



# Rotstiftaktion „Operation '83“

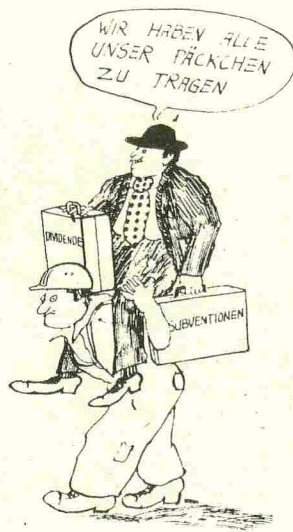
In Bonn wurde ein neuer Haushalt verabschiedet. Neuen Massenbelastungen in Höhe von acht Mrd. DM steht dabei eine Erhöhung des Rüstungsetats um 4,1 Prozent gegenüber. Bundesverteidigungsminister Apel (SPD) hat zusätzlich weitere Milliarden für 1983 gefordert. Alle verantwortungsbewußten Kommunalpolitiker unserer Stadt sollten sich einmal die nachstehend aufgeführten Belastungen für die arbeitende Bevölkerung ansehen. Vielleicht bleibt dann der „Abstimmungs-Arm“ auch einmal unten, wenn es um neue kommunale Gebührenerhöhungen geht.

Hier schlägt die Rotstiftoperation '83 im Sozialbereich zu:

1. Bereits ab 1983 müssen Rentner der Arbeiter- und Angestelltenversicherung, der Knappschaft und der landwirtschaftlichen Altershilfe ein Prozent, 1984 sodann zwei, 1985 drei und 1986 vier Prozent ihrer Rente als Krankenkassenbeitrag bezahlen. In der Kriegsopferversorgung wird die Rentenerhöhung entsprechend gekürzt werden.

2. Die Arbeitslosenversicherung zahlt für Arbeitslose Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung, die sich künftig nicht mehr am letzten Bruttolohn orientieren, sondern nur noch 70 Prozent des Bruttoverdienstes als Bemessungsgrundlage enthalten. Damit verringert sich der Rentenanspruch dieses Personenkreises. Entsprechend niedriger (30 Prozent) bewertet werden sollen auch die Zeiten für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Ausbildung und für die ersten fünf Versicherungsjahre. Rentenverluste bis zu 72 Mark monatlich sind zu erwarten. Zugleich gehen Renten- und Krankenversicherungsbeiträge in Milliardenhöhe verloren, während der Bund in der gleichen Größenordnung Zuschüsse für die Bundesanstalt für Arbeit einspart. Der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung wird 1983 einmalig um 1,3 Milliarden Mark gekürzt, der Zuschuß zu den Knappschaftsversicherungen um 200 Millionen DM.

3. Zunächst für drei Jahre erhöht sich der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 auf 4,5 Prozent des beitragspflichtigen Bruttolohnes. Erst im Januar dieses Jahres war der Arbeitslosenbeitrag von drei auf vier Prozent heraufgesetzt worden. Zur Mehrbelastung aus der Haushaltsoperation '82 in



Höhe von insgesamt sieben Milliarden kommt jetzt eine zusätzliche Belastung von 3,5 Milliarden DM im Jahr hinzu. Diese Belastungen gehen letztlich voll zu Lasten der Versicherten.

4. In der gesetzlichen Krankenversicherung erhöht sich die Rezeptgebühr pro Medikament von 1,50 auf 2,— DM. Sie hat sich damit in Jahresfrist verdoppelt. Künftig wird es sogenannte Bagatellarzneimittel auf Krankenschein nicht mehr geben, sondern diese aus der eigenen Tasche bezahlt werden müssen. Zusätzlich werden die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung künftig für die ersten sieben Tage eines Krankenhausaufenthaltes einen Eigenbeitrag von täglich fünf Mark zahlen müssen. Für Kurten von Sozialversicherungsträgern werden täglich zehn Mark bei unbegrenzter Dauer zusätzlich vom Versicherten abverlangt.

Das ergibt pro Jahr folgende zusätzlichen Belastungen für die Versicherten:

- 250 Millionen Mark Belastungen durch das Krankenhaustagegeld von fünf Mark

pro Tag, das von den Patienten bezahlt werden muß.

- 340 Millionen Mark Belastung durch die Erhöhung der Rezeptgebühr von 1,50 auf 2,— Mark

- 400 bis 600 Millionen Mark Belastung dadurch, daß Kranke künftig sogenannte Bagatellarzneien selbst bezahlen müssen.

- 800 Millionen Mark Belastung für die Rentner dadurch, daß sie für alle anderen Einkommen als die normale Rente künftig auch einen Krankenversicherungsbeitrag entrichten müssen.

5. Folgende Kürzungen von Steuervorteilen in Höhe von insgesamt 1,6 Milliarden DM sind vorgesehen:

- Die steuerliche Entlastungswirkung der sogenannten Ehegatten-Splittings wird von 14 000 auf 10 000 DM begrenzt. Betroffenen davon wären Jahreseinkommen ab 95 000 Mark. Die Mehrbelastungen wurden auf 300 Millionen DM beziffert.

- Bei Betriebs-PKWs wird der steuerpflichtige private Nutzungsanteil von derzeit 20 bis 25 auf 40 bis 50 Prozent erhöht. Diese Maßnahme wird 800 Millionen DM Mehrbelastung bringen.

- Bei der Einkommen-/Lohnsteuer wird die pauschale Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen nichtsozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer (insbesondere die Beamten) auf höchstens 2000 DM für Ledige und 4000 DM für Verheiratete begrenzt.

- Der pauschale Lohnsteuersersatz von zehn Prozent für bestimmte Zukunftssicherungsleistungen zugunsten von Arbeitnehmern wird auf 15 Prozent angehoben. Mehreinnahmen im Jahr 105 Millionen DM.



# unsere zeit

Die Zeitung der arbeitenden Menschen – Zeitung der DKP  
1. Jahrgang Nr. 128

Schon mal  
gelesen?

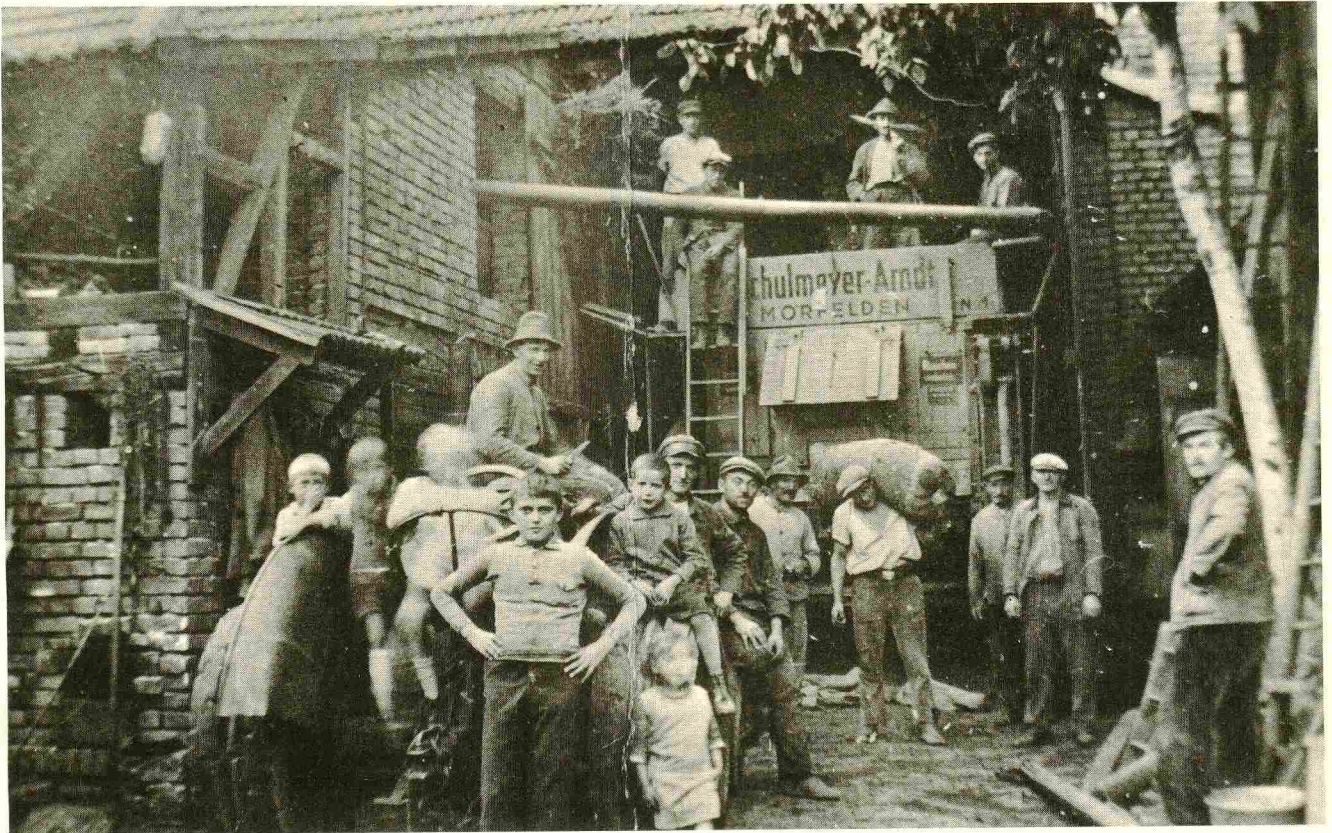
## UZ

# Vormerken!

Grillfest der  
DKP-Mörfelden

Samstag, 21. August 1982

Nichts wird vergessen!  
Am 26.9.: DKP!



## Mörfelden gestern

Am 29. Juni war Peter und Paul, da wurde nach alter Bauernregel dem Korn die Wurzel faul – und schon bald sieht man auch in unserer Gemarkung wieder die Mähdrescher über die Felder rauschen. Aber auch auf diesem Sektor hat sich in den letzten Jahrzehnten vieles verändert. Noch vor 30 Jahren wurden die kleinen Äcker von den Mörfeldern selbst bewirtschaftet. Es war immer eine recht aufregende Sache, denn man mußte die schönen Tage ausnutzen. Abends nach Feierabend – denn die Männer gingen, ebenso wie heute, ihrer Arbeit in Frankfurt oder Rüsselsheim nach – wurde noch ein Acker vorgenommen. Schon Tage vorher wurde Sense und Sichel gedengelt und die abgebrochenen Zinken in den Rechen erneuert. Dann ging es hinaus, und alles was Beine hatte, mußte mithelfen. Wer mähen konnte nahm das Reff (Sensenstiel aus Holz mit besonderer Ausbildung zum Mähen von Getreide), das Schlockerfaß (Wasserbehälter zum Anhängen an den Gürtel) mit Wetzstein und legte den ersten Schlag vor. Dann wurde das gemähte Getreide mit der Sichel „geglegt“ (in handgerechte Bündel gefaßt) und auf ein, von den Kindern bereit gelegtes Strohseil, bestehend aus einer Handvoll starker Halme, gepackt. Diese Getreidebündel (Garben) – in Mörfelden meistens Roggen – wurden dann zusammengebunden und je ca. 15 Stück zu einem „Kornhaufen“ zum weiteren Trocknen aufgestellt. Nach ein paar Tagen wurde das gebündelte Getreide mit dem Erntewagen zur Dreschmaschine gefahren. Auch dort wurde manchmal noch ein Tag zugebracht, denn bei schönem Wetter kamen oft 10 – 15 solcher hochbeladener Wagen zu gleicher Zeit an. Auch damals glaubte man schon, es ginge hektisch zu in der Erntezeit, aber trotz alledem blieb noch Zeit für ein Schwätzchen auf dem Dreschplatz. War dann die Getreideernte in Mörfelden abgeschlossen, fuhr die Dreschmaschine auf die Höfe der Umgegend. Dort wurde in den Scheunen gedroschen. Siehe unser Bild.